

## TV vom 16.10.2013 Gerolsteiner Ausgabe

Datum: 15. Oktober 2013 | Intranet

Autor: Mario Hübner

### Rathausumbau: Fall für die Aufsicht

Die Kostensteigerung bei der Sanierung des Alten Rathauses in Gerolstein schlägt weiter Wellen. Jetzt hat das Grünen-Stadtratsmitglied Tim Steen die Kommunalaufsicht eingeschaltet.

**Gerolstein.** Mit 215 000 Euro waren die Sanierung des Alten Rathauses und der Abriss des Trakts zwischen Rathaus und Naturkundemuseum kalkuliert, die



Gesamtkosten beliefen sich aber auf rund 350 000 Euro. Die Differenz von 135 000 Euro hat bereits im Stadtrat und Bauausschuss mehrfach für Streit gesorgt. Der hatte sich vor allem daran entzündet, dass mehrere Gewerke nicht ausgeschrieben, sondern frei vergeben wurden - zudem auf Stundenlohnbasis. Die Folge: enorme Mehrkosten. Mitten in der Kritik ist die

Baufirma Lames. Diese hatte ursprünglich Aufträge in Höhe von 56 000 Euro erhalten, aber letztlich 140 000 Euro bekommen. Ihre Stundenzettel für die Abrechnung hat sie aber erst mit der Schlussrechnung komplett vorgelegt. Pikantes Detail: Lames ist zugleich Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat sowie Mitglied im Bau- und auch Rechnungsprüfungsausschuss. Seine zunächst getätigte Ankündigung, die politische Arbeit hinzuwerfen, hat er zurückgenommen, sämtliche Forderungen nach Aufgabe zumindest einiger Ämter ignoriert. Er will sich, was die Kostenexplosion beim Umbau des Alten Rathauses angeht, nach wie vor nicht den Schwarzen Peter zuschieben lassen. Seine Position: "Gerade beim Umbau des Alten Rathauses war es so, dass wir viele Sachen erledigt haben, die wir nicht aufgeschrieben haben." (der TV berichtete).

#### Kritik an Rechnungsprüfung

Grünen-Ratsmitglied Tim Steen hat nun, nachdem der Stadtrat die Vorgänge nach Ansicht der Grünen nur unzureichend untersucht hat, die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Konkret geht es um die Tatsache, dass Bauunternehmer Lames auch Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses ist. Und der hatte die Kostensteigerung nachträglich mit der Jahresrechnung 2012 abgesegnet. Die Gerolsteiner Verwaltung sieht das als unproblematisch an. In einem Schreiben hat sie Steen mitgeteilt: "Die Teilnahme des Herrn Lames an der Sitzung des

Rechnungsprüfungsausschusses ... ist rechtlich nicht zu beanstanden." Begründung: Die Rechnungsprüfung habe nur "interne Bedeutung und keine Wirkung nach außen". Das heißt: Beanstandungen fallen zunächst nur auf den Stadtvorstand zurück, der letztlich die Jahresrechnung zu verantworten hat. Für ein Ausschussmitglied gebe es also keine unmittelbaren Vor- oder Nachteile. Die sind laut Paragraf 22 der Gemeindeordnung aber zwingend für einen Ausschluss. Müsse, so die Verwaltung weiter, aufgrund der Überprüfung ein Sachverhalt neu aufgerollt werden, führe dies allenfalls zu mittelbaren Auswirkungen.

Das sieht Steen anders. Er sagt: "Der gesunde Menschenverstand sagt mir, dass jemand natürlich unmittelbar betroffen ist und ein unmittelbares Interesse am Ausgang der Prüfung hat, wenn seine eigenen Rechnungen überprüft werden. Ich kann einfach nicht glauben, dass dies vom Gesetzgeber anders gesehen wird."

Steen begründet das wie folgt: "Sollten bei der Prüfung Unregelmäßigkeiten festgestellt werden, würde dies bedeuten, dass diese im Protokoll der Sitzung aufgeführt werden. Hierüber würde dann mindestens der gesamte Stadtrat informiert werden. Damit bestünde die sehr konkrete Gefahr, dass der Ruf der Firma Lames Schaden nimmt."

Die Kommunalaufsicht hält sich derzeit bedeckt. Auf Anfrage hieß es: "Da der Fall derzeit noch geprüft wird, können wir zum jetzigen Zeitpunkt hierzu keine Stellungnahme abgeben."

## Meinung

---

### **Bedenkliche Sicht**

Es ist vertretbar, dass in Bauausschüssen Architekten, Bauunternehmer, Makler sitzen. Schließlich kennen sie sich aus. So kann die Kommune vom kostenlosen Expertenwissen profitieren. Die Verwaltung muss jedoch penibel darauf achten, dass sich dadurch kein Einzelner Vorteile verschafft. Im Zweifelsfall sind die Betroffenen auszuschließen. Etwas anderes ist es, wenn - wie im aktuellen Fall - ein Unternehmer-Politiker bereits in der Kritik steht. Da ist es zwingend geboten, dass er nicht mehr über Punkte, die seinen Fall betreffen, mitbeschließt. Das wäre in etwa so, als ob ein Angeklagter vor Gericht über sein Urteil mitentscheidet. Dass die Gerolsteiner Verwaltung dies anders sieht, ist bedenklich. [m.huebner@volksfreund.de](mailto:m.huebner@volksfreund.de)